




21. Dezember 2023










Wintersession 2023: voller Lastenausgleich, höhere Infrastrukturausgaben und Abbau von Überregulierungen

Hier finden Sie den Rückblick auf die aktuelle Session des National- und Ständerates aus Sicht des Schweizerischen Baumeisterverbandes mit den für die Bauhauptunternehmen wichtigsten Traktanden.

Nationalrat

Nr.	Titel	Entscheidung Rat	Haltung SBV zum Entscheid
21.065	Gegen die Verbauung unserer Landschaft (Landschaftsinitiative). Volksinitiative	Ablehnung	
23.050	Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs)	Annahme	
22.061	CO2-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision	Annahme	

Ständerat

22.085	Umweltschutzgesetz. Änderung	Änderung	
23.3346	Autobahn A1 auf sechs Spuren ausbauen	Annahme	
22.025	Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Volksinitiative	Ablehnung	
22.025	Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Indirekter Gegenvorschlag	Nicht eintreten	
20.433	Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken (Parlamentarische Initiative)	Annahme	
17.400	Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung (Parlamentarische Initiative)	Annahme	
23.050	Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs)	Annahme	
22.319	Massvolle Entwicklung in Weilerzonen (Standesinitiative)	Annahme	
23.033	Bundesbeschluss Verpflichtungskredite Programm Agglomerationsverkehr ab 2024	Änderung	
23.055	Stand und Änderungen bei Ausbauprogrammen der Bahninfrastruktur und neue Langfriststrategie «Perspektive Bahn 2050»	Änderung	

Nationalrat

21.065 Gegen die Verbauung unserer Landschaft (Landschaftsinitiative). Volksinitiative

Der SBV begrüsst die Ablehnung der Landschaftsinitiative durch das Parlament und unterstützt die Änderung des Raumplanungsgesetzes als indirekten Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative.

23.050 Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs)

Der SBV ist sehr erfreut, dass Nationalrat und Ständerat den vollen Lastenausgleich in allen Kantonen einführen. Dadurch wird der Solidaritätsgedanke der Familienausgleichskassen endlich funktionieren. Die zu hohe Ungleichheit bei den Beitragssätzen wird mithilfe des vollen kantonalen Lastenausgleichs beseitigt. Durch die jetzige Entscheidung werden kantonale Ausgleichskassen nicht zu Auffangbecken von Branchen, die hohe Leistungen bei tiefem Beitragssubstrat auszahlen müssen. Der volle Lastenausgleich ist einfach umsetzbar und kein Widerspruch zum Föderalismus.

22.061 CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision

Dieses Geschäft war im zweiten Rat. Der SBV hätte sich aber mehr unterstützte Artikel für die Beschleunigung der Modernisierung des Schweizer Gebäudeparks gewünscht. Leider sind die Räte diesem Weg nicht gefolgt.

Ständerat

22.085 Umweltschutzgesetz. Änderung

Der Ständerat will das Bauen in lärmbelasteten Gebieten erleichtern. Die Bedingungen, unter denen Wohnungen in Gebieten mit überschrittenen Lärm-Immissions-Grenzwerten gebaut werden dürfen, sollen angepasst bzw. geklärt werden. Inskünftig muss einer der drei folgenden Bedingungen erfüllt sein: a) die Wohnungen müssen über eine Komfortlüftung verfügen, b) bei mindestens der Hälfte der lärmempfindlichen Räume müssen die Immissionsgrenzwerte an jeweils einem Fenster eingehalten werden oder c) bei einem Fenster mindestens eines lärmempfindlichen Raums die Immissionsgrenzwerte eingehalten werden, verbunden mit einem ruhigen Aussenraum. Der vom Ständerat eingeschlagene Weg ist wichtig, um die Bautätigkeit in lärmbelasteten Gebieten und damit eine sinnvolle Innenverdichtung in Städten (wieder) zu ermöglichen. Nun geht die Vorlage in die UREK-NR zur Weiterberatung.

23.3346 Autobahn A1 auf sechs Spuren ausbauen

Auch der Ständerat unterstützt den Ausbau der A1 zwischen Bern-Zürich und Genf-Lausanne auf sechs Spuren. Ziel des Ausbaus ist eine Reduktion der Staustunden auf der Autobahn sowie eine Entlastung der Stadtzentren vom Durchgangsverkehr. Der geplante Ausbau erhöht die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt des Wohlstandes in der Schweiz. Nun muss der Bundesrat eine entsprechende Vorlage ausarbeiten.

22.025 Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Volksinitiative und Indirekter Gegenvorschlag

Der SBV begrüsst die Nein-Parole zur extremen Biodiversitätsinitiative. Diese zementiert den Ortsbild- und Denkmalschutz, statt eine gleichwertige Gewichtung von baukulturellen und anderen für den Wohnungsbau wichtigen Themen zuzulassen. Sie verhindert eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung von diversen Gemeinden/Regionen und behindert die geforderte Innenverdichtung in bestehenden Siedlungsgebieten. Damit wird auch der Bau von genügend Wohnraum erschwert. Wir haben uns stets für einen moderaten Gegenvorschlag eingesetzt, welcher leider nicht zustande gekommen ist.

20.433 Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken (Parlamentarische Initiative)

Nachdem der Ständerat das Geschäft in der Wintersession behandelt hat, geht es zur Differenzbereinigung an die nationalrätliche Kommission zurück. Für den SBV sind zwei Differenzen sehr wichtig: Art. 10h Abs. 3 gemäss Ständerat und Art. 35j Abs. 1 gemäss Ständerat. Diese beiden Absätze des Ständerates berücksichtigen die Betrachtung des gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks. Dies ist für eine umfassende Beurteilung der Umweltbelastung wichtig.

17.400 Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung (Parlamentarische Initiative)

Der Ständerat hat die Abzüge für energetische Sanierungen und für den Erhalt der Gebäudesubstanz nicht wieder eingeführt. Die Vorlage geht nun zur Differenzbereinigung an den Nationalrat. Für den SBV ist es wichtig, dass Steuerabzüge für energetische Sanierungen weiterhin möglich sind. Den geplanten Systemwechsel gilt es abzulehnen. Das jetzige System ist besser für die Baubranche. Dies einerseits, um den Erhalt der Gebäudesubstanz zu sichern, und andererseits eine Schattenwirtschaft (Aufträge ohne Rechnungsstellung) zu verhindern, welche markante Ausfälle bei den Sozialleistungen und der MWST zur Folge hätte.

23.050 Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs)

Der SBV ist sehr erfreut, dass Nationalrat und Ständerat den vollen Lastenausgleich in allen Kantonen einführen. Dadurch wird der Solidaritätsgedanke der Familienausgleichskassen endlich funktionieren. Die zu hohe Ungleichheit bei den Beitragssätzen wird mithilfe des vollen kantonalen Lastenausgleichs beseitigt. Durch die jetzige Entscheidung werden kantonale Ausgleichskassen nicht zu Auffangbecken von Branchen, die hohe Leistungen bei tiefem Beitragssubstrat auszahlen müssen. Der volle Lastenausgleich ist einfach umsetzbar und kein Widerspruch zum Föderalismus.

22.319 Massvolle Entwicklung in Weilerzonen (Standesinitiative)

Der SBV begrüsst den Entscheid des Ständerates, eine massvolle Weiterentwicklung der bestehenden Weilerzonen zu ermöglichen und mehr Flexibilität zu schaffen. Baulücken sollen in Zukunft durch Neubauten geschlossen werden dürfen. Dies ermöglicht eine Verdichtung innerhalb der Weilerzonen, womit auch diese dazu beitragen, dass trotz wachsender Bevölkerung die Bauzonenflächen nicht ausgeweitet werden müssen. Das Ortsbild der Weilerzonen kann trotzdem erhalten werden.

23.033 Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2024 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr

Der SBV begrüsst die breite Unterstützung des 4. Agglomerationsprogramms für den zielführenden Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen. Insbesondere begrüssen wir, dass auch der Strassentunnel Moscia-Acapulco als Projekt „Locarnese“ in das aktuelle Agglomerationsprogramm aufgenommen wurde.

23.055 Stand und Änderungen bei Ausbauprogrammen der Bahninfrastruktur und neue Langfriststrategie «Perspektive Bahn 2050»

Der Ständerat will für den Bahnausbau 350 Millionen Franken mehr ausgeben, als vom Bundesrat beantragt. 250 Millionen davon sollen auf Antrag der KVF-S der Berücksichtigung regionaler Interessen und einer ausgewogenen Entwicklung des öffentlichen Verkehrs dienen. 100 Millionen spricht er für Vorinvestitionen in den Meilibachtunnel. Der Bundesrat beantragte bereits vorgängig die Anpassung und Erweiterung der bestehenden Ausbauschritte 2025 und 2035 um 2,6 Milliarden Franken. Damit investiert der Bund bis 2035 über 27 Milliarden Franken in den Ausbau der Bahninfrastruktur. Die Vorlage, welche aus vier Teilbeschlüssen besteht, geht nun in die KVF-N zur Beratung.

Ihre Ansprechpersonen beim SBV:

Bereich Politik & Kommunikation

Marcel Sennhauser

Leiter Politik & Kommunikation

Tel. 058 360 76 30

marcel.sennhauser@baumeister.ch

Dossiers

Arbeitsrecht- und Sozialversicherungs-Politik

Matthias Engel

Tel. 058 360 76 35

matthias.engel@baumeister.ch

Raumplanung- / Infrastruktur & Mobilitäts-Politik

Romana Heuberger

Tel. 058 360 76 36

romana.heuberger@baumeister.ch

Wirtschafts- und Finanz-Politik

Martin Maniera

Tel. 058 360 76 40

martin.maniera@baumeister.ch

Klima-, Energie- und Umwelt-Politik

Laurent Widmer

Tel. 058 360 77 01

laurent.widmer@entrepreneur.ch

Schweizerischer Baumeisterverband

Weinbergstrasse 49 / Postfach

8042 Zürich